

100 Tage Schröder-Regierung:

Von Modernisierung keine Rede mehr

Allein die folgenden zwei Sätze sagen bereits sehr viel, wenn nicht alles: ● Seit Schröders Amtsantritt ist die Zahl der Erwerbslosen um 231.921 gestiegen. Und: ● Was völlig fehlt: ein Plan zur Modernisierung Deutschlands.

Arbeitslosenstatistik das eine - politische Bewertung im *stern* das andere. Beides verheerende Zeugnisse für eine Regierung, die mit dem immerhin zurückhaltend formulierten Anspruch angetreten ist, nicht alles anders, dafür aber vieles besser machen zu wollen.

Ohne richtigen Bauplan

„Anders als in Großbritannien oder in den USA“, schreibt *stern*-Chef Michael Maier, „gibt es in Deutschland keine Regierung, die mutig und furchtlos nach vorne blickt und eine Strategie für die nächsten Jahrzehnte entwirft.“ Wer sich die Riesenbaustelle „Hier baut die Bundesregierung Deutschland“ ansieht, zweifelt sogar daran, „ob der Architekt überhaupt einen richtigen Bauplan hat“.

Herbert Hax, Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: „Schröder fehlt das ordnungspolitische Navigationssystem, er scheint deshalb noch nicht einmal zu wissen, wohin die Reise geht.“

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

- **Bundespräsident**
Dagmar Schipanski – eine ausgezeichnete Kandidatin. Seite 4
- **Staatsangehörigkeit**
Wolfgang Schäuble: Wer Integration will, darf die doppelte Staatsbürgerschaft nicht zum Regelfall machen. Seite 5
- **CDU NRW**
Politischer Neuanfang mit Jürgen Rüttgers. Seite 6
- **CDU Schleswig-Holstein**
Volker Rühle: Zunächst höre ich einmal zu. Seite 7
- **CDU Berlin**
Das neue Berlin – unser Berlin. Angela Merkel auf dem 17. Landesparteitag. Seite 8
- **Senioren-Union**
Alt und Jung gestalten gemeinsam die Zukunft. Seite 10
- **Kindergeld**
Da tritt der alte Sozialneid der Linken wieder zutage. Seite 16
- **630-Mark-Jobs**
Bürokratisch – unsozial – verfassungswidrig. Seite 18

Kurz & gut

Ihre Botschaft: Zukunft

CDU-Generalsekretärin Angela Merkel hat die Kandidatur von Dagmar Schipanski „wichtig und zukunftsweisend“ genannt: „Frau Schipanski ist nicht nur als Professorin renommiert, sie hat sich auch als Vorsitzende des Wissenschaftsrats als Autorität erwiesen.“ Die Botschaft der Unionskandidatin: Bildung und Zukunft.

Ein großer Gewinn für unser Land

„Seine besondere Freude“ über die Kandidatur hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Luther, ausgedrückt. Sie zeige das große Potential Ostdeutschlands. Nach fast zehn Jahren im wiedervereinigten Deutschland sei die Kandidatur von Dagmar Schipanski „auch der erfreuliche Ausdruck von Normalität“.

Eine gestandene Frau

Begrüßt hat die Nominierung der ostdeutschen Physikprofessorin auch der Deutsche Frauenrat. Eine „gestandene Frau“ nannte dessen Vorsitzende, Helga Schulz, die Kandidatin. Sie zeige, daß es „vernünftige Frauen gibt, denen man ein solches Amt auch zutrauen kann“.

Aufruf zur Wahl

Dagmar Schipanski habe „alles Zeug“ für das Amt einer Bundespräsidentin. In dieser Überzeugung hat die FDP-Politikerin Hildegard Hamm-Brücher dazu aufgerufen, die Wahl der parteilosen Unionskandidatin am 23. Mai zu unterstützen: „Es wird sich zeigen, wie souverän die Wahlmänner und vor allem die Wahlfrauen in der Bundesversammlung ein solches Angebot handhaben werden.“

Wolfgang Schäuble: Kandidatin des Miteinander

Der CDU-Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble bezeichnete die Kandidatur von Dagmar Schi-

panski als „Signal der Einheit“, das die Union an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes richtet. Zehn Jahre nach dem Fall der Mauer sei die Zeit reif, eine

Frau aus dem Osten in das höchste Staatsamt zu wählen. Die Gegenkandidatin von Johannes Rau sei eine „hervorragende Repräsentantin unse-

res Volkes“ und eine „zukunftsorientierte Alternative“ für die Mitglieder der Bundesversammlung. Schäuble warb bei den ostdeutschen und

weiblichen Mitgliedern aus anderen Parteien in diesem Gremium, Dagmar Schipanski als „Kandidatin des Miteinander“ am 23. Mai ihre Stimme zu geben.

CDU

**DAS WICHTIGSTE
DER WOCHE
AUF EINER SEITE**

**NR.
4**

Mit meiner Kandidatur möchte ich ein Zeichen setzen für die Zusammengehörigkeit unseres Volkes.

Dagmar Schipanski anlässlich ihrer Vorstellung als Kandidatin von CDU und CSU für die Nachfolge von Bundespräsident Roman Herzog vor der Bundespresskonferenz am 25. Januar

Dagmar Schipanski kandidiert für das Amt des Bundespräsidenten

Als Ausdruck des „Selbstwertgefühls“ der Menschen in den neuen Bundesländern versteht die von CDU und CSU als Kandidatin für die Wahl zum Bundespräsidenten vorgeschlagene Dagmar Schipanski ihre Bewerbung. Die Ostdeutschen wollen sich auf diesem Weg in den weiteren Eingangsprozess einbringen, erklärte die 55jährige Professorin aus Thüringen bei ihrer Vorstellung am 25. Januar vor der Bundespressekonferenz in Bonn.

Dagmar Schipanski bezeichnete sich als „parteiungebundene, aber politisch engagierte Wissenschaftlerin“. Ihre Nominierung signalisiere deshalb auch, daß ein gesellschaftliches Engagement ohne Parteibuch Anerkennung finde.

Modernisierungs-Offensive

Deutschland brauche eine umfassende Modernisierungs-Offensive, betonte die Kandidatin. Forscherdrang und Mut zum Risiko werden die Zukunft gestalten.

Vordringliche Aufgabe in Deutschland bleibe aber die Angleichung der Lebensverhältnisse

in Ost und West. Dazu müsse ein neues Nachdenken über die Arbeitslosigkeit einsetzen. Bisher gebe es wenig neue Lösungen.

Als Bundespräsidentin wolle sie dazu beitragen, innere Risse in der deutschen Gesellschaft zu schließen und gegenseitige Vorurteile abzubauen. Ihre Kandidatur stehe Dagmar Schipanski auch als Anerkennung für die Leistung von Frauen in Familie und Beruf. Es sei die zentrale Herausforderung der Zeit, beides miteinander zu vereinbaren.

Politische Alternative

„Natürlich kenne ich die parteipolitische Zusammensetzung der Bundesversammlung“, beschloß die Kandidatin ihre Vorstellung. Aber gerade für sie, die sie aus den neuen Bundesländern komme, sei „die politische Alternative ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie“.

„Und so kandidiere ich mit meinem eigenen Profil und meinen eigenen Erfahrungen. Ich hoffe auf eine offene und faire Diskussion und eine positive Resonanz für meine Kandidatur in der Bundesversammlung am 23. Mai.“

Konfus und konzeptlos

Knapp 100 Tage nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung hat der CDU-Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, die rot-grüne Koalition insgesamt als „konfus, konzeptlos

und widersprüchlich“ kritisiert: „Gerhard Schröder ist auch als Regierungschef ein Mann, der zwar die öffentlichen Auftritte beherrscht, aber immer noch nicht erkennen läßt, für welche Inhalte er steht.“

Vergleichsverhandlungen

CDU-Generalsekretärin Angela Merkel hat Bundeskanzler Schröder vorgeworfen, in der Atompolitik seiner „Verantwortung nicht gerecht“ zu werden. Die Bundesregierung führe keine Konsensgespräche mit der Atomindu-

strie, sondern „Vergleichsverhandlungen zur Vermeidung von Regreßanprüchen“. Es gehe aber um die wichtige Frage, ob Deutschland künftig Stromimportland werde. „Rein ideologische Positionen“ seien völlig fehl am Platz.

Wie verlässlich ist die deutsche Politik?

Die „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert die Diskussion um den Atomausstieg in Deutschland:

Aus der Sicht der westeuropäischen Nachbarstaaten geht es, nach dem Fauxpas des Außenministers mit der Erstreinsatz-Diskussion, erneut um die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der deutschen Politik. Hatte man in Paris und London schon mit Stirnrundeln die Nonchalance registriert, mit welcher die deutschen Ausstiegs-Pro-

tagonisten ihren Schritt ohne Entschädigung der Kraftwerksbetreiber durchzusetzen versprochen, so fühlt man sich jetzt erst recht alarmiert, da es um die vorzeitige Beendigung der Verträge mit französischen und britischen Unternehmen geht. Bundeskanzler Schröder, der sich in der Frage des nuklearen Ausstiegs bisher durch Lavieren hervorgetan hat, will nun eine sorgfältige Prüfung der Modalitäten durchsetzen. Es fragt sich nur, ob dies nicht zu spät kommt.

Fortsetzung von Seite 1

Die Schröder-Regierung hatte keinen „Fehlstart“, wie manche Kommentare bereits vor Wochen schrieben.

Und auch von „Anfangsschwierigkeiten“ kann nicht gesprochen werden. „Atomstreit“ und „Steuerchaos“, um nur die schlimmsten Auswüchse rot-grüner Regierungstätigkeit zu nennen, sind die konsequenten Folgen von Unzulänglichkeiten und Versäumnissen, die auch schon vor der Wahl am 27. September auf der Hand lagen.

„Sozialdemokraten und Grüne hatten 16 Jahre lang Zeit“, kommentiert die taz, „zusammen mit ihren Referenten, Apparaten, Akademien und externen Fachleuten wenigstens für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit konkrete Ziele und Pläne zu erarbeiten.“

„Aber die Schubladen der neuen Mitte waren nach den Wahlen so leer wie ihre Reden zuvor hohl.“

„Schon die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung“ - so heißt es in dem taz-Kommentar weiter - „machten deutlich, daß es nicht den Schimmer einer

solchen Vorarbeit gab, deshalb findet man dort neben ein paar populären Häppchen auch nur vage Absichtserklärungen, rückversichert durch den pauschalen Finanzierungsvorbehalt.“

„Wofür“, lautet die Nachfrage, „stattet die Demokratie die Oppositionsfraktionen mit den gleichen Mitteln aus wie die Regierungsfaktionen? Nur für das mediale Politikspektakel oder auch dafür, daß sie Alternativen erarbeiten?“

„Hundert schwache Tage“

findet „Die Zeit“; und „der Kanzler findet weder den richtigen Ton noch die schlüssige Politik“, so deren Kommentar letzte Woche: „Unordnung herrscht in Bonn, der vermeintlich lernfähige Schröder scheint aus seinem allerersten Hin und Her wenig gelernt zu haben. Wenn er so weitermacht, ist Pragmatismus nicht länger sein Markenzeichen.“

Alle Themen werden durchdekliniert: Koalitionsvertrag und Regierungserklärung, Wirtschaftspolitik, Steuerreform und Arbeitslosigkeit, Wiederaufarbeitung und EU-Vorsitz - für alles und jedes trifft zu: „flockig reden, oberflächlich planen, flüchtig arbeiten“ (Die Zeit). ▶

Eine ausgezeichnete Kandidatin

Zur Kandidatur von Frau Professor Dr. Dagmar Schipanski erklärte die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bärbel Sothmann:

Mit Dagmar Schipanski präsentieren die Unionsparteien eine hervorragende Kandidatin für die Bundespräsidentenschaft und eine echte Alternative zu Johannes Rau.

Wer hier eine reine Zählkandidatur unterstellen will, nimmt die Frauen nicht ernst!

Die Zeit ist reif für eine Frau im höchsten Staatsamt!

Frau Professor Dr. Schipanski ist dazu in hohem Maße geeignet, repräsentiert sie doch wie kaum eine andere die Lebenserfahrungen der Bürgerinnen und Bürger der neuen Bundesländer als auch die Notwendigkeit für Frauen, Beruf und Familie miteinander vereinbaren zu können. Ihre beruflichen Schwerpunkte sind dazu geeignet, den Zukunftsstandort Deutschland wirkungsvoll zu vertreten, ihre persönliche Vita kann Ermutigung und Vorbild für viele sein.

Damit entspricht sie dem Wunsch vieler Menschen in diesem Land, die neben den Reden und Taten endlich auch ein deutliches Symbol für die Einheit unseres

Landes sehen wollen. Ebenso fordern viele Frauen und Frauengruppen seit langem in einer bundesweiten und parteiübergreifenden Initiative „Frau statt Rau!“

Hoffen wir, daß sich auch die Mitglieder der Bundesversammlung in diesem Sinne als echte Vertreter bzw. Vertretungen des Volkes verstehen!



● „Wann beginnt der Modernisierer Schröder endlich, Deutschland zu entbürokratisieren, damit sich die unternehmerischen Kräfte besser entfalten können?“ fragt das große Wochenblatt.

● „Hat eine Regierung in so kurzer Zeit schon einmal so viel Durcheinander angezettelt?“ fragt die „Berliner Zeitung“

● „Handwerksfehler, Hü und Hott, stets das falsche Tempo, unklare Absichten, Konzeption nicht erkennbar“, reiht der „Tagesspiegel“ aneinander.

Pleiten, Pech und Pannen

● „Der *Sofortismus* ist gescheitert“, stellt das „Handelsblatt“ fest: „Regieren heißt im rot-grünen Alltag die eigenen Fehler reparieren.“

● „Vor allem Dilettantismus kennzeichnet die Regierungsarbeit“, so „Die Welt“, „und ein Ende der Pleitenserie ist nicht in Sicht.“

● „Die ernüchternde Bilanz der ersten 100 Tage“ laut Kommentar der Essener „Neuen Ruhr-Zeitung“: „Pleiten, Pech und Pannen, die ihresgleichen suchen.“

Wolfgang Schäuble:

Wer Integration will, darf die doppelte Staatsbürgerschaft nicht zum Regelfall machen

Rund 7,3 Millionen Ausländer leben bei uns, fast die Hälfte seit mindestens zehn Jahren, und ein Fünftel ist in Deutschland geboren. Oberstes Ziel der Ausländerpolitik von CDU und CSU ist es, die Integration der auf Dauer bei uns lebenden ausländischen Mitbürger zu verbessern.

Das ist für alle Menschen, die in Deutschland leben, das Beste und dient dem inneren Frieden. Integration erfordert Toleranz für andere Lebensart einerseits und das Bemühen, sich einzufügen, andererseits. Integration ist weder einseitige Assimilation, noch unverbundenes Nebeneinander auf Dauer. Unser Ziel ist eine Kultur der Toleranz und des Miteinander.

Um dies zu erreichen, wollen wir eine breite Palette konkreter Integrationsangebote organisieren und die Möglichkeiten der Einbürgerung deutlich verbessern. Für die hier geborenen Kinder will die Union alles tun, um Diskriminierungen gegenüber deutschen Kindern zu verhindern und die Chancen einer echten Integration zu fördern.

Dagegen scheint die rot-grüne Regierungskoalition in der Ausländerpolitik das Integrationsziel aufgegeben zu haben. Denn die unbegrenzte Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, die die Koalitionsvereinbarung vorsieht und die jetzt handstreichartig im Gesetzgebungsverfahren durchgepaukt werden soll, behindert die Integration und beschwört die Gefahr von mehr Fremdenfeindlichkeit herauf.

Niemand, auch wenn er schon lange in Deutschland lebt, ist gezwungen, Deutscher

zu werden. Aber wenn er es will, dann soll er sich auch entscheiden. Viele der Ausländer, die bei uns leben, haben die Voraussetzungen für die Einbürgerung längst erfüllt, beantragen sie aber nicht.

Der Wille zur Integration muß Grundvoraussetzung für den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit bleiben. Nach dem rot-grünen Modell hingegen kommt es auf die Integrationsbereitschaft gar nicht mehr an. Die unbegrenzte, allgemeine Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft, die jedem Ausländer, der für ein paar Jahre in Deutschland lebt, einen Anspruch auf einen deutschen Paß einräumt, ohne daß er seinen alten abgeben muß, enthebt ihn dieser positiven Entscheidung. Deshalb fördert die doppelte Staatsbürgerschaft als Regelfall nicht die Integration, sondern behindert sie. Sie integriert nicht, sondern spaltet Nur-Deutsche und Auch-Deutsche, wie es ein renommierter Staatsrechtslehrer dieser Tage auf den Punkt gebracht hat.

Wer wirklich Integration will, darf die doppelte Staatsbürgerschaft nicht zum Regelfall machen. Die Union wird offensiv für eine echte Integrationsförderung kämpfen, die nur funktionieren wird, wenn zugleich der weitere Zuzug von Ausländern möglichst eng begrenzt und die doppelte Staatsbürgerschaft lediglich in begründeten Ausnahmefällen gewährt wird. Das ist der Inhalt unserer Unterschriftenaktion, die - nach ihrem erfolgreichen Start mit über 100.000 Unterschriften allein in den ersten Tagen - die Mehrheit für eine verantwortungsbewußte Ausländerpolitik aufzeigen und den rot-grünen Irrweg stoppen wird. ■

Politischer Neuanfang mit Jürgen Rüttgers

„Heute geht der Aufbruch 2000 los!“
Mit diesen Worten kom-

mentiert Jürgen Rüttgers seine Wahl zum Landesvorsitzenden der nordrhein-westfälischen CDU. „Ab Montag“, fügt er hinzu, „steht mein Schreibtisch in Düsseldorf.“

Mit 353 von 641 Stimmen haben am 29. Januar in einer Kampfabstimmung gegen Helmut Linssen und Christa Thoben die Delegierten des 17. Landesparteitags im Bonner Maritim-Hotel den ehemaligen Bundesforschungsminister zum Nachfolger des früheren Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bestimmt.

Bereits bei der Kandidatenvorstellung hatte Jürgen Rüttgers die Bedeutung der Bildung als „der sozialen Frage des nächsten Jahrtausends“ hervorgehoben. Im Bildungssystem müsse das Leistungsprinzip herrschen; Privilegien für die Gesamtschulen dürfe es nicht weiter geben.

Bildung, Ausbildung und Arbeit - das sind auch die Hauptthemen des neuen Landesvorsitzenden, die gleich nach seiner Wahl im Mittelpunkt seiner Forderung stehen: „NRW braucht das beste Bildungssystem. Die Politik von Rot-Grün ist ein Anschlag auf die Zukunftschancen unserer Kinder. Das wollen wir ändern. Jeder soll die Chance auf eine gute Bildung und Ausbildung bekommen. Damit die Menschen, die heute arbeitslos sind, morgen Arbeit haben, brauchen wir in NRW 230.000 neue kleinere und mittlere Betriebe. Diese Chancen-Lücke müssen wir schließen.“

Die Erwartungen an den neuen Landesvorsitzenden sind groß: Er soll den mit 200.000 Mitgliedern größten Landesverband der CDU endlich aus dem Tal einer fast 33 Jahre dauernden Opposition herausführen.

Die Kampfansage an den regierenden SPD-Ministerpräsidenten liegt bereits auf dem Tisch: „Clement macht nicht alles falsch, aber wir können es besser. Clement macht technokratische Politik. Seine große Schwäche ist: Er kann die Menschen nicht mitnehmen. Das wird dagegen die Botschaft der CDU in Nordrhein-Westfalen sein, daß wir die einzelnen Menschen im politisch-kulturellen Wandel mitnehmen, und daß wir versuchen wollen, ihnen neue Lebenschancen zu geben, damit sie diesen Wandel auch ganz persönlich erfolgreich bestehen können.“

„Eine neue Chance“

Damit überschreibt der Bonner General-Anzeiger seinen Kommentar zum Führungswechsel in der nordrhein-westfälischen CDU und bestätigt: „Mit Jürgen Rüttgers entschieden sich die Delegierten aus NRW für einen politischen Neuanfang, und sie entschieden sich vor allem für den Kandidaten, dem sie als Herausforderer von Ministerpräsident Wolfgang Clement die meisten Erfolgchancen zutrauen.“

Als letztes Land der Bundesrepublik beginnt auch Nordrhein-Westfalen sich von den besonders langen Schatten des Industriezeitalters zu lösen. Längst arbeiten doppelt so viele Menschen in der Medienbranche wie im Bergbau. Die Veränderungen in der Arbeitswelt ziehen auch Brüche in der Anbindung an soziale Milieus nach sich. „Den Bergarbeiter“, so der General-Anzeiger, „der mit Beginn der Lehre in die Gewerkschaft eintritt und selbstverständlich SPD wählt, gibt es bald nicht mehr.“ Genau das ist die große Chance für die CDU, „wenn es ihr gelingt, sich als moderne Partei zu etablieren, die die Interessen der Menschen wirklich wahrnimmt“.



Volker Rühle: Zunächst höre ich zu

Eine gelungene Überraschung gleich zu Beginn des neuen Jahres war die Nachricht, daß Volker Rühle als Spitzenkandidat der schleswig-holsteinischen CDU gegen Ministerpräsidentin Heide Simonis kandidieren wird.

Bis zum Landesparteitag im Mai, auf dem die Nominierung des ehemaligen Bundesverteidigungsministers amtlich gemacht werden soll, will Rühle, wie er sagt, „vor allem zuhören, mehr die Ohren als den Mund nutzen“. Rühle: „Dann werden wir eine gemeinsame Programmatik vorlegen. Es wäre falsch, bereits am ersten Tag forsch die Welt erklären zu wollen.“

Der amtierenden Ministerpräsidentin hat Volker Rühle einen „fairen Wahlkampf“ versprochen: „Ich freue mich, daß sich die Ministerpräsidentin ähnlich geäußert hat. Das tut dem Land gut.“

Wer aus solchen Worten „Schmusekurs“ heraushört, irrt sich. „Es geht darum“, so Rühle, „Rot-Grün abzulösen. Schleswig-Holstein fährt derzeit wie ein Bummelzug in die Zukunft. Die rot-grüne Koalition liegt wie Mehltau über dem Land. Das muß man deutlich ansprechen. Aber Beleidigungen wird es deswegen von meiner Seite nicht geben.“

Daß er eher in New York als in Witzwort bei Tönning zuhause sei, wie Heide Simonis ihm vorhält, belustigt den Herausforderer: „Ich bin in Witzwort, wo ich ganz in der Nähe ein Haus habe, wahrscheinlich zehnmal so häufig wie Frau Simonis. Aber was ich einbringe, ist nicht die Kenntnis eines Fahrradweges von A nach B, sondern die Bereitschaft, das Land stark zu machen und seine Chancen für Wirtschaftsansiedlung zu nutzen.“

„Wir werden alle zusammenarbeiten“, erklärte Rühle auf Fragen nach der Arbeitsteilung mit dem Landesvorsitzenden Peter

Kurt Würzbach. „Ich habe mir die Initiativen der CDU-Landtagsfraktion und der CDU in Kiel angeschaut. Wie die Kommunalwahl 1996 gezeigt hat, ist die schleswig-holsteinische CDU eine erfolgreiche Partei. Die Bundestagswahl ist nicht hier im Land verloren worden, wir haben sie auf Bundesebene verloren.“

Über eine Koalitionsaussage der FDP zugunsten der CDU, wie sie sich nach der Nominierung Rühles abzeichnet, freut sich der Kandidat: „Es hat ja nicht immer nur Signale der Nord-Liberalen in diese Richtung gegeben.“ Rühle sieht in der FDP einen



stabilen Koalitionspartner für Schleswig-Holstein. Aber auch auf Bundesebene ist sie, wie er sagt, „der strategische Partner Nummer eins für die CDU“.

Schwarz-Grün kommt für ihn nicht in Frage, auch mittelfristig nicht: „Schauen Sie

sich doch die Grünen an. Ich sehe keine Anknüpfungspunkte für Koalitionen“.

Die CDU müsse sich über die Länder regenerieren, sagt Rühle: „Wir können in Bonn noch so gute Reden halten, die Gewichte stimmen nicht mehr in Deutschland. Das ist ja auch einer der Gründe, warum ich hier in Schleswig-Holstein anrete.“

In der Parteiführung sind die Norddeutschen, so Rühle, mit Angela Merkel, Christian Wulff und ihm gut vertreten. Aber Verantwortung trage die CDU derzeit nur im Süden. Für das richtige Gleichgewicht in Deutschland sei es deshalb wichtig, daß Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und auch Niedersachsen wieder CDU-Ministerpräsidenten bekommen. ■

Das neue Berlin – unser Berlin

Angela Merkel auf dem 17. Landesparteitag

„Angie, Angie“ sangen die rund 400 Delegierten des 17. Landesparteitages nach der Musik der Rolling Stones im Anschluß an die Rede von Generalsekretärin Angela Merkel.

Diese wandte sich mit viel Schwung an die Berliner CDU. Sie forderte eine offensive Wertedebatte in der Union. Die CDU müsse einen gesellschaftlichen Dialog mit den Bürgern führen. Die rot-grüne Regierung übe sich derweil im Chaos: ob innere Sicherheit, Energiepolitik oder Steuerpolitik - die Schröder-Regierung biete ein konfuses Bild.

Der Landesvorsitzende der Berliner Christdemokraten, Eberhard Diepgen, zeichnete in seiner Rede ein positives Bild der Entwicklung Berlins und der Erfolge der CDU-geführten Reform-Koalition: Berlin sei wieder da, die Wirtschaft fasse Tritt, die Wachstumsraten stiegen und neue Arbeitsplätze entstehen. Auf diese Aufbauleistungen könnten die Berlinerinnen und Berliner, und gerade auch die Mitglieder der CDU, stolz sein.

Die Fundamente für die Zukunft seien gelegt, doch sei noch viel zu tun. Eberhard Diepgen: „Wir haben klare Forderungen: Jedem jungen Menschen garantieren wir einen Ausbildungsplatz,

aber es gibt für junge Leute kein Geld mehr vom Staat ohne Arbeit. Der Ladenschluß gehört abgeschafft, nur der Sonntag ist uns heilig. Und die Gewerbesteuer muß runter, dann brummt in der Berliner Wirtschaft auch wieder der Bär.“ Die CDU setzte auf neues Denken, die SPD dagegen auf alte Köpfe.

1999 geht es um die Zukunft Berlins. Eberhard Diepgen: „Wir haben das neue Berlin gemeinsam mit den Bürgern gebaut. Jetzt müssen wir alle Berlinerinnen und Berliner mitnehmen auf die Reise in ein neues Jahrhundert. In ein Berlin, in dem sie sich auch wiederfinden und wohlfühlen. Wir werden alles tun, damit das neue Berlin unser Berlin bleibt.“



„Schönbohm-Effekt“ läßt CDU-Werte wieder steigen

Die brandenburgische CDU hat mit ihrem neuen Landesvorsitzenden Jörg Schönbohm ihre Talfahrt beendet. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts dimap, die im Auftrag der „Märkischen Allgemeinen“ und des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB) im Januar durchgeführt wurde. Befragt wurden 1.000 Brandenburger.

Die CDU käme danach auf 21 Prozent (+ 3 Prozent), während die PDS stabil bei 18 Prozent liege. Stärkste Partei bleibt unangefochten die SPD mit 54 Prozent, doch mußten die Sozialdemo-

kraten einen Prozentpunkt im Vergleich zur letzten Umfrage abgeben. Würden jetzt schon Wahlen sein, dann bliebe es beim Drei-Parteien-Parlament, da keine andere Partei die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnte.

Die Grünen mußten wie die SPD ein Prozentpunkt abgegeben und kamen auf drei Prozent. Einen Erdrutsch erlebte die FDP: Sie ist nur noch für ein Prozent der Brandenburger eine Alternative und damit kaum noch meßbar. Bei der letzten Umfrage hatten die Liberalen noch drei Prozent der Stimmen auf sich vereinen können.



diepgen *rennt*
für berlin

www.diepgen.de
info: (030) 2233-1999

Alt und Jung gestalten gemeinsam die Zukunft

700 Teilnehmer haben den Kongreß der Senioren-Union im Frankfurter Palmengarten am 20. Januar besucht. Zentrale Redner der Veranstaltung waren die Oberbürgermeisterin Frankfurts, Petra Roth, der hessische CDU-Spitzenkandidat bei der Landtagswahl, Roland Koch, und der Stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Norbert Blüm.

Daß Alt und Jung gemeinsam die Zukunft nur in einem fairen Miteinander gestalten können, ist für christliche Demokraten selbstverständlich. So betonte die Oberbürgermeisterin Roth: Nur eine Kombination der Reife der Älteren und die Neugier der Jüngeren ist eine gute Grundlage für die Zukunft der bundesdeutschen Gesellschaft. Wer Ältere ausgrenze, beschwöre schwere gesellschaftliche Konflikte und nehme der Gesellschaft Zukunftschancen.

Der Bundesvorsitzende der Senioren-Union, Bernhard Worms, lobte die intellektuelle Redlichkeit Roland Kochs und sagte dem hessischen Spitzenkandidaten die volle Unterstützung der Älteren in der Partei zu. Die Rede Roland Kochs - im-

mer wieder von Beifall unterbrochen - behandelte neben dem Generationendialog aktuelle Wahlkampfthemen der Hessen-Wahl. Die Problematik der doppelten Staatsbürgerschaft sei nicht von der Union auf die Tagesordnung gesetzt worden, sondern von der rot-grünen Bundesregierung, die unüberlegt einen Gesetzentwurf vorgelegt hat. Die Unterschriftenaktion der Union führe bereits zu Nachdenklichkeit bei der rot-grünen Bundesregierung. Innenminister Schily habe bereits seinen Gesetzentwurf mehrfach korrigiert.

Der Stellvertretende CDU-Vorsitzende, Norbert Blüm, plädierte für eine Wiederbelebung des Gemeinsinns. Jeder Bürger müsse sich fragen: Was hast Du für Deinen Nächsten getan? Gefährlich sei auch eine geschichtslose Gesellschaft, die ohne ihre Vergangenheit leben wollte. Ohne die Verarbeitung von historischen Ereignissen und ohne die Anerkennung individueller Lebensleistungen habe die Gesellschaft keine gute Zukunft. Eigeninitiative und Bereitschaft zum Risiko sind in Deutschland wieder stärker zu fördern.



Bundesgeschäftsstelle von Bonn nach Berlin verlegt

Die Junge Union Deutschlands (JU) hat am 22. Januar - ein Jahr vor dem geplanten Umzug der CDU an die Spree - offiziell ihre Bundesgeschäftsstelle in Berlin eröffnet.

Im Beisein von Generalsekretärin Angela Merkel und des Berliner CDU-Fraktionsvorsitzen Klaus-Rüdiger Landowsky kündigte die Vorsitzende der Jungen Union, Hildegard Müller, „kraftvolle Oppositionsarbeit“ gegen die rot-grüne Bundesregierung an.

Mit der Entscheidung, die Geschäftsstelle „mitten ins Leben“ zu verlegen, unterstreiche die JU ihre „Vorreiterrolle innerhalb der Union“, betonte Hildegard Müller. Die „eigene organisatorische Struktur“ sei auch Zeichen für die „freund-

schaftliche Unabhängigkeit von der Union“. Der Umzug nach Berlin sei für sie der „Startschuß in eine neue Ära“.

Von Berlin aus solle der mit 139.000 Mitgliedern größte politische Jugendverband Europas „nun auch zur modernsten Jugendorganisation Europas ausgebaut werden“.

Die neue Geschäftsstelle stehe zugleich „für die innere Einheit des Verbandes“. Von dort aus wolle die Junge Union vor allem auch im Osten das Gefühl vermitteln, daß sich Engagement lohne. Die neuen Räumlichkeiten, die in der Inselstraße in Berlin-Mitte angemietet wurden, sollen ein Ort werden, der offen für den gesellschaftlichen Dialog ist.

Media-Analyse: „Focus“ hat mehr Leser als „Der Spiegel“

Das Nachrichtenmagazin „Focus“ hat im Wettstreit mit dem „Spiegel“ nach der neuesten Media-Analyse „Pressemedien I/99“ die Nase vorn.

Zwar mußten beide Magazine im Vergleich zur vorherigen Studie vom Juli 1998 Verluste an Lesern hinnehmen. Der in Hamburg erscheinende „Spiegel“ verlor jedoch stärker als das zum Burda-Verlag gehörende Blatt „Focus“ aus München.

Damit haben die beiden Kontrahenten ihre Rangfolgen-Plätze getauscht. Die auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnete Befragung von knapp 26 000

Deutschen ab 14 Jahren ergab, daß „Focus“ im Schnitt auf rund 5,7 Millionen (1998: 5,75 Millionen) Leser kommt, der „Spiegel“ dagegen nur noch auf 5,54 (5,8) Millionen.

Während also die Leserschaft von „Focus“ um 50.000 abnahm, erreicht der „Spiegel“ 260.000 Leser weniger, das entspricht einem Rückgang von knapp 4,5 Prozent.

Die stärksten Einbußen aber verzeichnete der Media-Analyse (MA) zufolge mit 780.000 Exemplaren der Marktführer unter den Nachrichtenmagazinen, der „Stern“.

CDU-Fraktionschefs Ost tagten in Halle:

Rot-grüne Energiesteuer bringt soziale Schieflage

Die CDU-Fraktionsvorsitzenden der neuen Bundesländer haben vor einer sozialen Schieflage im Osten als Folge der geplanten Energiepreisverteuerung gewarnt.

Die ökologische Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung bringe eine einseitige Belastung mit sich, beklagte der CDU-Fraktionschef von Sachsen-Anhalt, Christoph Bergner, am 1. Februar nach einem Treffen mit seinen Amtskollegen in Halle. Im Osten gebe es viele strukturschwache Regionen. Auch die Einkommen seien noch immer wesentlich niedriger als im Westen. In sozial schwachen Bevölkerungsschichten würden etwa 25 Prozent mit der Steuerreform einseitig belastet.

Ebenso ziehe das Vorhaben eine massive Benachteiligung der mittelständischen Wirtschaft im Osten nach sich. Die vom sachsen-anhaltinischen Ministerpräsidenten Reinhard Höppner angeregte Ausnahmeregelung für die neuen Länder bezeichneten die CDU-Fraktionsvorsitzenden als „Augenwische-

rei“. Dies sei unrealistisch, da das EU-Recht eine solche Klausel gar nicht zulasse. Aus diesem Grund sei die Energiesteuer aus ostdeutscher Sicht konsequent abzulehnen.

Die Unterschriftenaktion der Union gegen die Einführung des doppelten Staatsbürgerschaftsrechtes bezeichneten die CDU-Fraktionschefs als „eine politisch unverzichtbare Demonstration“. Sie müsse langfristig angelegt sein, über die Landtagswahl in Hessen hinaus. Bergner sagte, dabei gehe es um eine Grundsatzfrage des Staatsverständnisses.

Bergner und seine ostdeutschen Amtskollegen schlugen vor, einen Beauftragten für die konzeptionelle Vorbereitung eines weitergehenden Solidarpaktes über das Jahr 2004 hinaus zu benennen. Die CDU-Politiker merkten kritisch an, daß sich Sachsen-Anhalt und Brandenburg zu den Ländern mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung entwickelt hätten. Sie liege bei über 8.000 Mark.

Aktion Sorgenkind: 37 Millionen für Behinderte in Ostdeutschland

Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe in den neuen Bundesländern hat die „Aktion Sorgenkind“ im vergangenen Jahr mit über 37 Millionen Mark gefördert.

Damit sei rund ein Viertel der insgesamt eingespielten Summe behinderten Menschen in Ostdeutschland zugute gekommen, teilte das ZDF am

29. Januar in Mainz mit. Die erzielte Summe sei - mit einem Zuwachs von mehr als fünf Prozent - der bislang höchste Förderbetrag für die neuen Bundesländer seit 1990 gewesen.

Insgesamt habe die Aktion Sorgenkind dort seit der Wiedervereinigung 2.118 Projekte mit mehr als 182 Millionen Mark gefördert.

Verunsicherung bei Bürgern und Unternehmen

Selten hat ein neues Jahr mit solch' chaotischen Verhältnissen in zahlreichen Politikbereichen begonnen wie 1999 - rot-grüne Versuchsfelder, so weit der politische Blick reicht. Die Entscheidungen, die die Schröder-Regierung trifft, sind dementsprechend:

Wie oft man in diesen ersten hundert Tagen der neuen Regierung an der sogenannten Ökosteuer herumgedoktert hat, läßt sich kaum noch nachvollziehen. Ökosteuer für alle, hieß zunächst die Devise. Keine Ökosteuer für energieintensive Unternehmen, lautete die Parole im zweiten Schritt. Ökosteuer eigentlich doch für alle, ruderte man schließlich zurück, als ein Rüttel von der Europäische Union kam. Seit neuestem spricht man von einem Verrechnungsmodell, um die Steuer für die Industrie kostenneutral zu gestalten. Was letztlich bleiben wird, stand allerdings von Anfang an fest: noch mehr bürokratischer Wirrwarr und eine Abkassiersteuer für den Normalbürger.

Die Methode 'Flickschuster' wendet die Schröder-Regierung auch bei der geplanten Steuerreform an. Angesicht der massiven und fundierten Kritik von Sachverständigen, Wirtschaftsverbänden und Arbeitgebern hat man zwar angefangen, hier und da halbherzig nachzubessern. Allerdings ist nach dem jüngsten Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Gleichstellung von Verheirateten und Unverheirateten bei der Kinderbetreuung das Steuerreformkonzept insgesamt Makulatur. Anstatt jetzt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unser Steuersystem den künftigen Anforderungen anpassen und der daher auch zu erheblichen Steuerentlastungen führen würde, hält man an dem heute schon überholten Ansatz

fest. Verunsicherung bei Bürgern und Unternehmen, Kaufzurückhaltung bei Konsumenten und Attentismus bei Investoren, sorgenvolle Prognosen und negative Arbeitsmarktdaten sind bereits die Folge.

Voraussetzung für ein modernes Steuersystem mit entsprechenden Entlastungen ist ein kluges Sparkonzept. Und genau dies ist mit dem Nachfrage-Fetischisten auf dem Sessel des Finanzministers nicht zu machen. Der von Lafontaine vorgelegte Haushaltsentwurf für das Jahr 1999 hat mit Konsolidierung und Sparen nichts am Hut. Wahr ist, daß milliardenschwere zusätzliche Ausgaben vorgesehen sind.

**Von Hans-Peter Repnik,
Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

Rechnet man die lafontaineschen Bereinigungstricks ab, beträgt die Zuwachsrage in der Haushaltsvorlage abenteuerliche 6,8 Prozent. Ergebnis: Erhöhung der Staatsquote und eine sinkende Investitionsquote.

Wie man die zusätzlichen Milliardenausgaben, die durch das Bundesverfassungsgerichtsurteil und die drohenden Entschädigungszahlungen aufgrund der geradezu phantastischen Kernenergie-Ausstiegsszenarien bezahlen will, ist für die Schröder-Regierung allerdings kein Problem. Mehrwertsteuererhöhung, weitere Mineralölsteuererhöhungen, Wiedereinführung der privaten Vermögensteuer - der Einfallreichtum bei Rot-Grün kennt in dieser Hinsicht keine Grenzen. ■

100 Tage rot-grüne Wohnungspolitik:

Wortbruch auch bei der Städtebauförderung

Die Städtebauförderung sollte zu einem der Markenzeichen rot-grüner Politik ausgebaut werden. Auch von diesem Wahlversprechen muß „Liquidator“ Müntefering nach 100 Tagen Amtszeit als Verkehrs- und Bauminister weitgehend abrücken - statt mehr Geld droht jetzt sogar eine Investitionsabschwächung. Dazu erklärte Dietmar Kansy, Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für das Bau- und Wohnungswesen:

Vor der Bundestagswahl hatte Rot-Grün nicht nur Bundesfinanzhilfen für ein neues „Großsiedlungsprogramm“, sondern eine massive und dauerhafte Aufstockung der traditionellen Städtebauförderung, vor allem für Westdeutschland, in Aussicht gestellt. Jüngste Beispiele aus dem Bundestag:

Noch für den Bundeshalt 1998 beantragten die SPD-Wohnungspolitiker eine „Doppelung der Städtebaufördermittel von derzeit 600 Mio. DM auf 1,2 Mrd. DM“ und bezeichneten eine Aufstockung sogar auf 2 Mrd. DM als „wünschenswert“. O-Ton SPD: „Städtebauförderung ist eine Investition, die sich für Bund, Ländern und Gemeinden in barer Münze auszahlt.“

Bündnis 90/Die Grünen stellten vor einem Jahr im Bundestag ein Förderprogramm-Volumen von 1 Mrd. DM zur Diskussion. O-Ton: „Die Refinanzierung erfolgt aus anfallender Mehrwert- und Lohnsteuer auf dem Fuße.“

Heute will Rot-Grün nichts mehr von ihren wohlfeilen Versprechungen und Anträgen wissen. Die vielgepriesenen 100 Mio. DM für das Programm „Soziale

Stadt“ werden voll zu Lasten des Sozialen Wohnungsbaus finanziert. Dies ist allein schon semantisch eine freche Täuschung.

In die Haushaltsgespräche gingen Münteferings Fachbeamten noch mit der Forderung nach zusätzlichen Fördermitteln von 350 Mio. DM - über die von der alten Bundesregierung in den letzten Jahren bereitgestellten 600 Mio. DM jährlich hinaus. Der nun vom Bundeskabinett beschlossene Haushaltsentwurf erlaubt dem Bauminister gerade mal, 100 Mio. DM in seinem Etat in Richtung Städtebauförderung umzuschichten. Das Nullsummenspiel - 100 Mio. DM weniger beim Sozialen Wohnungsbau, 100 Mio. DM mehr für das Programm „Soziale Stadt“ - kann schwerlich eine Investitionsoffensive auslösen, denn Städtebauförderung wie soziale Wohnungsbauförderung regen private Investitionen an. Am Ende könnte sogar eine Abschwächung der Investitionswirkung herauskommen, da beabsichtigt ist, mit dem neuen Programm auch nicht-investive Maßnahmen (wie Stadtquartiersbetreuung und -Management) mitzufinanzieren.

Bereits die alte Bundesregierung hatte in Verbindung mit der zu Beginn des letzten Jahres in Kraft getretenen Aufnahme der Städtebauförderung in das Baugesetzbuch auch die Bekämpfung von sozialen Mißständen in den Städten zu einem der Aufgabenschwerpunkte gemacht. Von diesem Handlungsanspruch sollten innerstädtische Lagen und Stadtteilquartiere ebenso profitieren können wie Großsiedlungen, ostdeutsche Plattensiedlungen oder ehemali-

Außenpolitik im 21. Jahrhundert:

Demokratie als Friedensstifter

Bundespräsident Roman Herzog hat vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos am 28. Januar eine zukunftsweisende Rede gehalten. Das 21. Jahrhundert müsse eine „Ära der globalen Verantwortungspolitik“ werden. Für eine solche Politik schlug Herzog folgende acht Handlungsmaximen vor:

- Die globale Verbreitung von Demokratie als Friedensstrategie unterstützen.
- Den Schutz der fundamentalen Menschenrechte als weltweiten Mindeststandard durchsetzen.
- Dem Nationalismus, dem Wettrüsten und der hergebrachten Machtpolitik abschwören.
- Nicht die gerade überwundene ideologische Konfrontation des Kalten Krieges durch Szenarien globaler Kulturkriege ersetzen.
- In der globalisierten Weltwirtschaft auf die Politik des „beggar thy neighbour“ (z.B. Abwertungswettläufe, So-

zialdumping und Protektionismus) zu verzichten.

- Aktiv eine Strategie der Kommunikation als Mittel der Vertrauensbildung verfolgen (Beispiel: KSZE im Europa der siebziger und achtziger Jahre).

Zukunftsweisende Rede von Bundespräsident Herzog

- Globales, kulturübergreifendes Lernen und Forschen bei der Lösung sachlicher Probleme (Beispiele: Stabilisierung der Weltwirtschaft, Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts, Bekämpfung des internationalen Verbrechens).
- Verbesserte Nutzung bereits vorhandener Instrumente internationaler und interregionaler Kooperation, insbesondere regionale Integrationen oberhalb des Nationalstaates (Beispiele: Europäische Union, NAFTA, ASEAN, Mercosur).

ge Wohnsiedlungen abzogener Streitkräfte. Die magere finanzielle Ausstattung des großspurig von „Großsiedlungsprogramm“ (SPD-Wahlprogramm) in „Programm Soziale Stadt“ umgetauften Vorhabens muß auch vor dem erklärten Ziel des Bauministers beurteilt werden, mit dem neuen Instrumentarium „alle stadtentwicklungspolitisch relevanten Ressourcen, insbesondere Wohnungsbaufinanzierung, Straßenverkehr, Arbeits- und Ausbildungsförderung, Jugendhilfe, Wirtschaft und Industrie“ bündeln und einbinden zu wollen.

Daraus könnte die Gefahr erwachsen, alles gewollt und nichts erreicht zu haben. Unter der Hand scheint man dies auch im Ministerium so zu sehen. Bei der Vorstellung des Entwurfs einer Verwaltungsvereinbarung zu dem neuen Programm hinterließ man bei den Gesprächspartnern in den Ländern den Eindruck, das neue Programm sei nur als ein Anlaufprogramm für Gemeinden zu verstehen, um sich in Brüssel um besserdotierte Fördermittel aus dem geplanten Strukturfonds-Programm für städtische Problemgebiete bewerben zu können. ■

Da tritt der alte Sozialneid der Linken wieder zutage

Zu den Äußerungen von Bundeskanzler Schröder, die Kindergeldzahlung künftig von der Höhe der Einkommen abhängig zu machen, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerda Hasselfeldt:

Mit einer solchen Regelung wird sich die Regierung eine neue Verfassungsklage einhandeln. Die Regierungskoalition hätte den Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes einmal richtig lesen müssen, um zu erkennen, daß es die Familienentlastung nicht an die Höhe des individuellen Einkommens einer Familie knüpft, sondern daß es um die Absicherung der Daseinsvorsorge eines Kindes geht.

An dieser Stelle tritt aber der alte Sozialneid der Linken zutage. Denn: kein Kind darf deswegen diskriminiert werden, weil es zufällig in eine wohlhabende Familie geboren wird. Wo bliebe da das Gleichbehandlungsgebot aus dem Grundgesetz?

Wiederum in die Diskussion geworfen wird die Frage nach der Abschaffung des Ehegatten-Splittings. Das Ehegatten-Splitting war seinerzeit selbst Reaktion auf ein Bundesverfassungsgerichtsurteil und darf deshalb auf keinen Fall zur Disposition gestellt werden.

Wenig durchdacht

Zu dem Vorschlag von Bundeskanzler Schröder, das Kindergeld für Besserverdienende zu streichen, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Der Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder, den Kinderfreibetrag für Besserverdienende zu streichen, ist ein ty-

pischer Schröder-Vorschlag: Populistisch und wenig durchdacht.

Die Überlegungen sind von dem gleichem Tiefgang wie seine Ideen zum 630 DM-Gesetz oder zum Ausstieg aus der Kernenergie - bei näherem Hinsehen sind sie nicht realisierbar. Sie sind schlichtweg eine Steuererhöhung für Familien mit höherem Einkommen und stehen im offensichtlichen Widerspruch zum Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes. Deswegen wird dieser Vorschlag scheitern.

Die Koalition zerlegt die Reform der Einkommensteuer in immer mehr Einzelteile: Zunächst der Tarif 99 ab 1. Januar, dann die Gegenfinanzierungsmaßnahmen ab 1. April, schließlich die Unternehmensteuerreform im Sommer 99 und letztendlich die Familienbesteuerung ab Herbst dieses Jahres. Das kann nichts werden! Es wäre besser, die Einzelteile zurückzuziehen und ein in sich geschlossenes Reformwerk vorzulegen.

Ein Desaster

Zur Ankündigung des Bundeskanzlers, das Kindergeld bei oberen Einkommen zu kappen, erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Maria Eichhorn:

Der Plan Schröders, das Kindergeld bei oberen Einkommen zu kürzen, zeugt von einer unakzeptablen Unkenntnis der Gesetzeslage. Das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig festgestellt, daß eine Unterscheidung zwischen schlechter- und besserverdienenden Eltern bei den Kindergeldzahlungen nicht verfassungskonform ist. Ausgerechnet der Bundeskanzler der

Bundesrepublik Deutschland ist nicht in der Lage, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu begreifen. Vielleicht will er es auch gar nicht umsetzen?

Schröders eigene Finanzexperten Lafontaine und Matthäus-Maier mußten ihn zurückrufen, da sie im Gegensatz zu Schröder verstanden haben, daß seine Pläne nicht verfassungsmäßig sind. Schröder sollte sich erst beraten lassen, bevor er Ankündigungen macht, die der Verfassungswirklichkeit nicht standhalten. Das neuerliche Chaos reiht sich nahtlos ein in das bisherige Vorgehen von Schröder. Zuerst werden große Töne gemacht, dann muß er zurückrudern. Genauso verhält es sich mit dem Wirrwarr um die Neuordnung der 630-DM-Tätigkeiten.

Was kann dieser Bundesregierung noch geglaubt werden? Unkenntnis und Unfähigkeit, verbunden mit übereilter Hast, dauerndes Zurücknehmen ehemals angekündigter Pläne: So wendet man nicht Schaden von der Bevölkerung ab, sondern verursacht ihn.

Ich fordere die Schröder-Regierung auf, unverzüglich ein durchdachtes Konzept zur Steuerentlastung der Familien vorzulegen.

Kommentare

Schröder baut auf Neid

Schröders Wunsch, Familien das Kindergeld zu streichen, die sich mehr Geld erarbeiten als andere, ist eine populistische Schnapsidee. Das würde nicht mehr Gerechtigkeit bringen, sondern weniger, wäre verfassungswidrig und würde obendrein auch noch gegen die Beschlußlage der SPD verstoßen.

Die SPD-Führung verkündet seit langem, jedes Kind sei ihr gleich viel Geld wert. Von diesem Grundsatz will der Regierungschef plötzlich Kinder Wohlhabender aus-

nehmen. Welch ärmliche Taktik: Mit plattem Sozialneid lenkt Schröder ab von der Konzeptfreiheit seiner Regierung.

Rheinische Post

Traurig, aber wahr

Was Gerhard Schröder zum Familien-Urteil sagt, läuft auf eine unverhohlene Richterschele hinaus. Eben noch hatte man Politiker aller Parteien vor den Kameras nur Gutes über die Entscheidung des Verfassungsgerichts sagen hören - jetzt spricht der Kanzler plötzlich von einem „Befehl“ aus Karlsruhe, den er für „zweifelhaft“ hält.

Immerhin gibt diese neue Einschätzung die wahre Stimmung in der Regierung wieder. Den Bonnern paßt bei dem, was da aus Karlsruhe kam, die Stoßrichtung nicht: Ihnen ist der Gedanke unerträglich, daß die Rückführung der Steuerbelastung mehr Geld in der Kasse von Besserverdienern klimpern ließe als bei Geringverdienern. Dies sei ungerecht, heißt es. Aber ist es das?

Bei der Steigerung von Steuerlasten hat noch nie jemand Anstoß genommen an einer Ungleichbehandlung je nach Einkommen. Jeder kennt den Verlauf der Progressionskurven. Jetzt wird ausnahmsweise per Gericht der Rückwärtsgang eingelegt und die Steuerlast gesenkt. Das zu versteuernde Einkommen der Familien vermindert sich 1999 um 4000 Mark. Jeder Betroffene rückt damit um einen gleichen Schritt auf der Progressionskurve zurück.

Sind die dann entstehenden Verhältnisse ungerecht? Wohl kaum, denn sonst wäre die komplette Progressionskurve ungerecht. In Wahrheit geht es um etwas anderes. Es kommt den Regierenden schlicht nicht in den Sinn, das von Vätern oder Müttern verdiente Geld in den Taschen der Familien zu belassen. Wo immer die Bonner Geld wittern, wollen sie zupacken und kassieren.

Hannoversche Allgemeine

Bürokratisch – unsozial – verfassungswidrig

Nach einem langen Zick-Zack-Kurs hat die Schröder-Regierung ihre Reform der 630-Mark-Jobs am 22. Januar eingebracht. Die geplante Neuregelung der 630-Mark-Jobs

● ist unsozial und verfassungswidrig.

Denn es gibt für eingezahlte Beiträge keine Gegenleistung. Damit stehen zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik keine entsprechenden Leistungen den Beiträgen gegenüber. Damit verläßt die Schröder-Regierung das bewährte Sozialversicherungsprinzip und gibt die paritätische Finanzierung in der Sozialversicherung auf.

● ist bürokratisch.

Denn die Regelungen sind zu kompliziert.

● enthält kein Konzept für den Niedriglohnbereich.

Denn sie gibt keine Antwort auf die Frage, wie mehr sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden sollen. Ein Konzept für mehr Beschäftigung im Niedriglohnbereich fehlt.

● führt zu mehr 630-Mark-Jobs.

Denn die Anhebung der Freigrenze in den neuen Bundesländern von 530 DM auf 630 DM führt zu einer höheren Attraktivität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Damit ist eine Ausweitung statt einer Eindämmung vorprogrammiert.

Der vorgelegte Gesetzentwurf gibt keine sinnvolle Antwort auf die strukturellen Herausforderungen am Arbeitsmarkt. Sogar SPD-regierte Bundesländer und der

Deutsche Gewerkschaftsbund sowie die Deutsche Angestelltengewerkschaften lehnen die Neuregelung ab. Es muß sich nun zeigen, ob die SPD an dieser Regelung festhalten will und kann oder weiter ihren Zick-Zack-Kurs fährt. Dies ist zu erwarten, denn die SPD-Finanzminister haben Bedenken gegen diese Regelung angemeldet.

Was plant die Schröder

Regierung im einzelnen?

Vereinheitlichung der Höhe in Ost- und Westdeutschland

Die Grenze für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wird in Ost- und Westdeutschland einheitlich auf 630 Mark festgesetzt. Im Gegensatz zur bisherigen Regelung soll die Grenze nun dauerhaft festgeschrieben und nicht mehr regelmäßig angepaßt werden.

Sozialversicherungsbeiträge statt Pauschalsteuer

Statt der bisherigen Pauschalsteuer von 20 Prozent zahlt der Arbeitgeber künftig Sozialbeiträge: zehn Prozent an die Krankenversicherung und zwölf Prozent an die Rentenversicherung. Es wird kein eigenständiges Krankenversicherungsverhältnis aufgebaut. Der Beitrag ist auch für die Beschäftigten zu zahlen, die in ihrem Hauptberuf nicht versicherungspflichtig sind.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können den Pauschalbetrag zur Rentenversicherung mit einem eigenen Beitrag von 7,5 Prozent auf den vollen Rentenbeitrags-

satz aufstocken. Mindestberechnungsgrundlage hierfür ist ein monatliches Einkommen von 300 Mark. Dies gilt auch, wenn das tatsächliche Einkommen unter dieser Grenze liegt. Daraus ergibt sich ab 1. April 1999 ein Mindestbetrag in der Rentenversicherung von 58,50 Mark (19,5 Prozent von 300 Mark). Damit erwerben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer volle Leistungsansprüche in der Rentenversicherung, also auch auf Rehabilitation und den Schutz bei Berufsunfähigkeit und Erwerbsunfähigkeit. Von der Option, Rentenversicherungsbeiträge aufzustocken, können auch geringfügig Nebenbeschäftigte Gebrauch machen.

Grundsätzliche Steuerfreiheit

Beschäftigungsverhältnisse bis 630 Mark sind zwar grundsätzlich steuerfrei, aber bei mehreren Beschäftigungsverhältnissen wird das Einkommen zusammengerechnet. Beispiel: Wer in seinem Hauptberuf 4.000 Mark brutto verdient und daneben noch einen geringfügigen Nebenjob mit 630 Mark ausübt, hat das gesamte Arbeitseinkommen von 4.630 Mark zu versteuern. Damit wird er genauso behandelt wie der Beschäftigte, der 4.630 Mark bei einem Arbeitgeber verdient.

Ausgenommen sind nur geringfügige Beschäftigungsverhältnisse von Ehegatten. Bis zu 630 Mark erfolgt hier keine gemeinsame steuerliche Veranlagung mit dem höherverdienenden Ehepartner.

Keine Regel ohne Ausnahme:

Von den Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung sind sogenannte Saisonbeschäftigungen von längstens zwei Monaten oder maximal 50 Arbeitstagen im Jahr nicht betroffen. Dies gilt auch für steuerfreie Aufwandsentschädigungen von Vereinen, Wohlfahrtsverbänden usw.

Einbeziehung der Betriebsräte

Betriebsräte können künftig einer Ände-

rungskündigung widersprechen, wenn dadurch eine Stelle auf mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aufgeteilt werden soll. Betriebsräte können die Zustimmung zu einer Einstellung verweigern, wenn durch einen neuen 630-Mark-Job kein ausgewogenes Verhältnis zwischen den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und normalen Arbeitsverträgen mehr gewährleistet sei. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat hierzu festgestellt: „Die im Ansatz verfehltene Gesetzesnovelle kann nicht durch Quasirechte für Betriebsräte repariert werden.“

Eintrag auf die Lohnsteuerkarte

Alle geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse sind von den Arbeitgebern der Sozialversicherung zu melden und auf der Lohnsteuerkarte zu vermerken.

Zick-Zack-Kurs der SPD

- 1. Akt:** SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998: „Wir werden den Mißbrauch der 620-DM/520-DM-Jobs stoppen.“
- 2. Akt:** Regierungserklärung von Kanzler Schröder am 10. November 1998: „Wir werden die sogenannten 620-DM-Jobs nicht abschaffen. Die Grenze werden wir auf 300 DM festlegen.“
- 3. Akt:** Ankündigung der Bundesregierung am 18. November 1998, die Geringfügigkeitsgrenze von 620 DM für die alten Bundesländer beizubehalten und in den neuen Bundesländern von 520 auf 620 DM anzuheben. Die bisherige 20prozentige Pauschalbesteuerung wird durch zehn Prozent Krankenversicherungs- und zwölf Prozent Rentenversicherungsbeitrag ersetzt.
- 4. Akt:** Kommt gewiß!

Kommentare

Ungerecht und unausgewogen

Was die rot-grüne Koalition plant, ist Stückwerk, ungerecht, nicht ausgewogen und verstößt möglicherweise gegen das Grundgesetz. Da sollen die Arbeitgeber verpflichtet werden, Sozialabgaben zu zahlen. Aber den Beiträgen steht keinerlei Leistung gegenüber. Das ist juristisch nicht haltbar, zumindest äußerst bedenklich. Zweites Argument: Die Steuerungerechtigkeit bleibt auf der Strecke. Die alleinerziehende Mutter, die Unterhalt von ihrem Ex-Mann bezieht, soll vom Fiskus zur Kasse gebeten werden für ihre mageren 630 Mark Monatsverdienst. Die Gattin des Arztes, die ein wenig in der Praxis aushilft, bleibt dagegen steuerfrei. Ein drittes Argument: Der Staat fördert sogar noch die Billigjobs, anstatt sie einzudämmen, wie es nötig wäre. Denn für viele 630-Mark-Kräfte sollen keine Steuern mehr fällig werden. Das benachteiligt die Teilzeitbeschäftigten, die in einem regulären Beschäftigungsverhältnis stehen, aber nur unwesentlich mehr Geld für ihre Arbeit bekommen. Die Bundesregierung animiert Arbeitgeber und Arbeitnehmer also direkt dazu, weitere geschützte in ungeschützte Arbeitsplätze umzuwandeln. Dieses Gesetz, über das der Bundestag debattiert hat, sollte schleunigst zurückgezogen werden.

Westdeutscher Rundfunk

Schlichtweg verhoben

Arbeitsminister Riester wird kaum den Beweis dafür liefern können, daß seine Vorlage dem Problem wirklich beikommt, daß nämlich Arbeitgeber immer mehr Minijobs schaffen und andere Arbeitsstellen abbauen. Die Sozialkassen

mögen sich etwas besser stellen, der ein oder andere Beitragszahler mag sich auch über ein geplantes Rentenanspruchlein freuen, aber dieses Anspruchlein bekommt er nur, wenn er von dem wenigen Geld noch selbst einen Beitrag zahlt. Also werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer wohl eher der Schararbeit den Vorzug geben. Die Bundesregierung hat sich in ihrem Ehrgeiz, schnell einen Mißstand zu beseitigen, schlichtweg verhoben. Auch das Thema Billigjobs gehört eigentlich in das angestrebte Bündnis für Arbeit, denn vorrangliches Ziel dieses Bündnisses muß es ohnehin sein, in Fragen von Arbeitsformen und Arbeitszeitregelungen der Zukunft eine Annäherung zu finden.

Hessischer Rundfunk

Weg in die falsche Richtung

Endlich wird das Thema angepackt, das die alte Regierung 16 Jahre lang liegen gelassen hat. Aber: Über die Neuregelung ist leider auch nur die neue Regierung glücklich, denn es ist der Weg in die falsche Richtung. Versicherungsleistungen werden abgeführt, aber es gibt nichts dafür. Und die Anhebung auf 630 Mark ist für den Osten sogar schädlich. Viele normale Teilzeitjobs liegen um die 800 Mark monatlich. Im Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist es nun, daß diese Jobs runtergedrückt werden auf Einkommen um 630 Mark, dann sparen alle an Abgaben. Die Umwandlung regulärer Jobs in Minijobs wird also unterstützt. Und damit nicht genug. Was jetzt zwar in die Sozialkassen fließt, fehlt bei den Steuereinnahmen. Wie man das ganze Projekt gegenfinanziert, wird nicht verraten. Die Reform kann nur ein Entwurf sein, denn die Lösung der Probleme ist sie nicht. Also: Ab zur Wiedervorlage.

ARD

Agenda 2000: Nicht zu Lasten unserer Bäuerinnen und Bauern

Die Ministerin für Ländlichen Raum Baden-Württembergs Gerdi Staiblin und die Minister für Landwirtschaft Bayerns Josef Miller, Sachsens Rolf Jähnichen und Thüringens Volker Sklenar sowie der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich-Wilhelm Ronsöhr erklärten:

Wir fordern die Bundesregierung nachdrücklich auf, den gemeinsamen Beschluß der Agrarminister vom 29. Mai 1998 bei den anstehenden Verhandlungen zum Agrarteil der Agenda 2000 voll inhaltlich umzusetzen. Die Agrarminister aller Länder, einschließlich des damaligen niedersächsischen Landwirtschaftsministers Funke, haben darin einstimmig ihre ablehnende Haltung zum Agrarteil festgeschrieben. Die negativen Auswirkungen der Kommissionsvorschläge würden der deutschen Landwirtschaft keine Perspektiven bieten.

Wir sehen die jüngsten Entwicklungen der Verhandlungen zur Agenda 2000 mit großer Sorge. Wir ersuchen die Bundesregierung sicherzustellen, daß die Bemühungen um eine Verbesserung der deutschen Nettozahlerpo-

sition nicht zu Lasten der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft führen.

Eine Deckelung der Agrarausgaben auf dem derzeitigen Stand wird mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Dadurch würde der Spielraum für eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik sowie eine Sicherung ausreichender Ausgleichszahlungen unvertretbar beschränkt. Darüber hinaus wäre dem Ansatz einer flächendeckenden Förderung der Entwicklung der ländlichen Räume durch den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft die finanzielle Grundlage entzogen. Wir sind der Auffassung, daß die Basis für die künftige Finanzierung der EU-Agrarpolitik weiterhin der Beschluß des Europäischen Rates von Edinburgh und die damals festgelegten Grundsätze zur Agrarleitlinie sein muß. Die Kofinanzierung eines Teils der direkten Einkommenshilfen für die Landwirtschaft aus den nationalen Haushalten könnte ein geeigneter Weg zur Lösung der Finanzierungsproblematik der gemeinsamen Agrarpolitik sein; die nationale Kofinanzierung ist durch den Bund sicherzustellen.

Ein wundersamer Meinungswandel

Zum Waldzustandsbericht der Bundesregierung 1998 erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Heinrich-Wilhelm Ronsöhr:

Über Jahre hat Rot-Grün beim Erscheinen des Waldzustandsberichtes nur allzu oft den deutschen Wald toteredet. Die Maßnahmen der alten Bundesregierung zur Gesundung des deutschen Waldes begleitete man mit Polemik und unrealen Forderungen. In Regierungsverantwortung stellt nun auch

Rot-Grün fest, daß sich der Gesundheitszustand des Waldes nicht auf einer ständigen Talfahrt befindet, sondern man im Vergleich mit der Situation von 1991 von einer deutlichen Verbesserung des Waldzustandes - wenn auch differenziert nach Baumarten - sprechen kann.

Das von uns eingeleitete Aktionsprogramm „Rettet den Wald“ mit seiner konsequenten Luftreinhaltepolitik war und ist eine wirkungsvolle Maßnahme für die Gesunderhaltung des deutschen Waldes. ■

Schröder-Regierung ohne Gesamtkonzept

Die Vereinbarung des Bundeskanzlers mit der Energiewirtschaft vom 26. Januar macht deutlich: Die Bundesregierung verfügt nicht über ein energiepolitisches Gesamtkonzept.

Statt dessen wird zumindest von den Grünen und Bundesumweltminister Trittin die rot-grüne Koalitionsvereinbarung über den Ausstieg aus der Kernenergie zum Schaden für Wirtschaft, Umwelt, Arbeitsmarkt und private Haushalte höher gestellt als bindende nationale und internationale rechtliche Verpflichtungen. Wir erklären namens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

1. Eine hochentwickelte und exportorientierte Industrienation wie die Bundesrepublik Deutschland ist existenziell auf eine wirtschaftliche, verlässliche und umweltverträgliche Energieversorgung angewiesen. Dazu leistet die Kernenergie seit Jahrzehnten einen auch heute nicht verzichtbaren Beitrag.

2. In Deutschland wird im Durchschnitt mehr als 1/3, außerhalb der kohlefördernden Länder sogar bis zu 2/3 des Energiebedarfs aus Kernenergie gedeckt. Das entspricht insgesamt 160 Mrd. kWh. Dieser hohe Anteil kann objektiv auf absehbare Zeit weder durch Energiesparprogramme noch durch erneuerbare Energien ausgeglichen werden.

3. Weltweit gibt es mehr als 400 Kernkraftwerke, 40 weitere Anlagen sind im Bau, davon 15 allein in Osteuropa. Die deutschen Kraftwerke sind die sichersten. Die auf der Welt vorhandenen Kernkraftwerke werden nicht dadurch sicherer, daß die sichersten Anlagen abgeschaltet wer-

den. Im Gegenteil, Deutschland behält nur dann Einfluß auf die Formulierung und Durchsetzung von Sicherheitsstandards, wenn auch bei uns weiterhin Kernenergieanlagen betrieben werden.

4. Auch umweltpolitisch wäre ein Ausstieg aus der Kernenergie der falsche Weg. So führt der Ersatz von Kernenergie durch Kohleverstromung zu zusätzlichen Emis-

**Von Friedrich Merz und
Horst Seehofer, stellvertretende
Vorsitzende der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

sionen von rd. 100.000 Tonnen Schwefeldioxid, 120.000 Tonnen Stickoxiden, 6000 Tonnen Staub und 160 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂). Die Ziele des Weltgipfels von Rio würden damit unerreichbar. In allen Ländern, in denen Kernenergie genutzt wird, ist die Steigerung der Energieeffizienz im übrigen auf einem besseren Weg und der CO₂-Ausstoß niedriger als in Ländern, in denen die Kernenergie nicht genutzt wird.

5. Der Ausstieg aus der Kernenergie erhöht die Abhängigkeit Deutschlands von Stromimporten auch und gerade aus der Kernenergie. Daraus dürften sich zugleich tendenziell Preiserhöhungen ergeben.

6. Die Strompreise sind in Deutschland und besonders in den neuen Bundesländern schon heute höher als in den meisten europäischen Staaten. Sollte es Entschädigungsleistungen an die Aufbereitungsun-

ternehmen in Frankreich und Großbritannien sowie an die Energieerzeuger in Deutschland wegen der vorzeitigen Stilllegung funktionsfähiger Kernkraftwerke geben, dürfte ein weiterer erheblicher Anstieg der Stromkosten in Deutschland von bis zu 30 % unvermeidbar sein.

Eine weitere Kostenbelastung durch noch höhere Strompreise insbesondere für die energieintensiven Betriebe (Stahl, Chemie, Papier, Glas, NE-Metalle, Steine und Erden, Zement uva.) wäre nicht ohne weitere Betriebsstillegungen und erhebliche Arbeitsplatzverluste verkraftbar.

7. Wenn der Ausstieg aus der Kernenergie vollzogen würde, wären rd. 40.000 Arbeitsplätze in den Kraftwerksunternehmen selbst gefährdet. Bei gleichzeitig zurückgehenden in- und ausländischen Investitionen sind Ersatzarbeitsplätze nicht zu erwarten.

8. Wir brauchen schließlich auch in Zukunft Forschung und Entwicklung im Bereich des gesamten Spektrums der Energieerzeugung einschließlich der Kernenergie. Deutschland darf seine weltweit führende Position in der Energieforschung nicht aufgeben.

Deshalb halten wir fest:

Deutschland braucht auch in Zukunft die Kernenergie.

Die rot-grünen Ausstiegspläne sind wirtschaftlich und umweltpolitisch unverantwortlich.

Wir fordern die Bundesregierung auf, ein energiepolitisches Gesamtkonzept vorzulegen. Dabei muß neben der Kernenergie, der Verstromung aus Kohle- und Gaskraftwerken und der Kraft-Wärmekopplung auch definiert werden, welchen Anteil die erneuerbaren Energien für die Energieversorgung langfristig erreichen können.

Ideologisch motivierte Schlechterstellung von Privatschulen belastet Kommunen

Die Regierung Schröder will in der Steuerreform Eltern die Möglichkeit nehmen, künftig das Schulgeld für ein Kind als Sonderausgabe steuerlich abzusetzen.

Die völlige Streichung begründet sich aus der Ablehnung linker Bildungsideologen einer differenzierten Schullandschaft. Sie widerspricht außerdem eindeutig der Intention des Karlsruher Familien-Urteils über die Abziehbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

Neben den Eltern belastet die Schlechterstellung von Privatschulen auch die Kommunen. Aus Furcht vor abnehmenden Schülerzahlen werden

die Kommunen letztlich gezwungen sein, entweder die Zuschüsse zu erhöhen, um Schulschließungen zu vermeiden und um das differenzierte Schulangebot zu erhalten oder selbst für zusätzlichen Schulraum zu sorgen, um die bisher in Privatschulen unterrichteten Kinder aufzunehmen.

Peter Götz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Ich appelliere daher an die Länder, auch im Interesse der Kommunen und zur Erhaltung einer differenzierten Schullandschaft diese rot-grüne Streichung der Absetzbarkeit von Schulgeld zu verhindern.

Rot-grüne Steuerpläne gefährden die Privatschulen

Zu der von der Bundesregierung mit dem Steuerreformgesetz 1999/2000/2002 beabsichtigten Streichung der Absetzbarkeit des Schulgelds beim Privatschulbesuch von Kindern erklärte die zuständige Berichterstatterin im Bildungs- und Forschungsausschuß, Angelika Volquartz:

Mit ihrem Steuerreformgesetz beabsichtigt die Bundesregierung, Eltern die Möglichkeit zu streichen, das beim Privatschulbesuch ihres Kindes anfallende Schulgeld als Sonderausgabe steuerlich abzusetzen. Dadurch werden die betroffenen Eltern und Schulen in privater Trägerschaft gegenüber staatlichen Schulen und ihren Besuchern benachteiligt. Die Bundesregierung soll deshalb die Finger von den Steuerplänen lassen.

Die rot-grünen Pläne sind mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nicht vereinbar, nach der beiden Schultypen bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben der gleiche Rang zukommt. Deshalb haben private Schulen auch Anspruch auf finanzielle Förderung durch den Staat, da nur so ein gleiches Niveau wie an staatlichen Schulen gewährleistet und ein sozial verträglicher Schulgeldsatz nicht überschritten wird. Es handelt sich bei der bisherigen öffentlichen Förderung also nicht um irgendwelche zu streichenden Subventionen oder Vergünstigungen, sondern um von der Verfassung auf-gegebene und abgesicherte Leistungen.

Die geplante Streichung der steuerlichen Absetzbarkeit des Schulgeldes wird die

Privatschulen mit hoher Wahrscheinlichkeit dazu veranlassen, aus Furcht vor abnehmenden Schülerzahlen die Schulgeldbeiträge zu senken bzw. abzuschaffen, was zur Folge hat, daß ein erhöhter Zuschußbedarf durch öffentliche Hand entsteht oder Schließungen einschließlich Arbeitsplatzverluste unumgänglich werden. Rot-grüne Ideologie gefährdet so zahlreiche Existenzen!

Es ist auch für betroffene Eltern, die ihre Kinder an Privatschulen unterrichten lassen wollen, z.B. behinderte Kinder, nicht nachvollziehbar, daß sie mit ihren Steuern staatliche Schulen finanzieren sollen, diese nicht beanspruchen und dann zukünftig nicht einmal Teile des zusätzlich aufzubringenden Schulgelds von der Steuer absetzen können. Diese Eltern sind ganz überwiegend keine Spitzenverdiener, sondern Bezieher mittlerer Einkommen, die doch mit der Steuerreform angeblich entlastet werden sollen.

Hinzu kommt, daß z.B. die heilpädagogischen Schulen auf antroposophischer Grundlage als Schulen in freier Trägerschaft mit ihrem besonderen umfassenden Bildungsauftrag für Kinder mit Behinderungen einen hohen Stellenwert haben; deshalb sind sie unbedingt zu erhalten.

Die geplante Streichung darf nicht stattfinden, denn die rot-grünen Pläne gefährden die Privatschulen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag zum Bildungsausschuß eingebracht.

Unsere

Elektronischen

Adressen:

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

● E-MAIL: post@www.cdu.de

Keine Schnellschüsse bei Umbenennung von Kasernen

Zu den bekanntgewordenen Plänen der Bundesregierung zur Umbenennung von Kasernen erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Bei der Umbenennung von Kasernen darf es keine Schnellschüsse geben. Dabei ist für uns als Union klar, daß die Wehrmacht als Organisation nicht Vorbild für die Bundeswehr sein kann, da sie einem verbrecherischen Regime gedient hat. Dies gilt im übrigen auch für die NVA. Es müssen einzelne Soldaten aus der Geschichte und damit auch der Wehrmacht Vorbilder in Haltung und Pflichterfüllung sein. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, daß sich nach über 40-jährigem Bestehen der Bundeswehr eigene Traditionen herausgebildet haben und mittlerweile Soldaten der Bundeswehr Namensgeber für Kasernen sein können.

Entscheidend ist, daß jede Verherrlichung von Personen oder Leistungen unterbleibt, und daß man die Personen in den Gesamtzusammenhang einordnet. Das Ausblenden der eigenen Geschichte trägt nicht zur

kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte bei. Deshalb dürfen wir alle Zeiträume deutscher Geschichte - auch im Interesse der Jugend - nicht verleugnen.

Bei den bekanntgewordenen Plänen zur Umbenennung von Rommel-Kasernen ist mir nicht erklärlich, warum Kasernen nicht mehr nach einem Soldaten benannt sein sollen, der im deutschen Widerstand sein Leben verloren hat. Dabei verkenne ich nicht, daß es in der Biographie von Generalfeldmarschall Rommel auch Widersprüche gibt. Gerade bei der Bewertung seiner historischen Gesamtpersönlichkeit muß man aber anerkennen, daß er nicht nur dazugelernt hat, sondern auch die richtigen Konsequenzen daraus gezogen hat. Dies wird im Ausland auch so gesehen.

Nicht nur Generäle, sondern Soldaten aller Dienstgradgruppen haben sich als vorbildlich in ihrer Pflichterfüllung und ihrem mutigen Eintreten für christliche und humanistische Grundwerte hervorgetan. Es stünde uns gut an, auch dieses Verhalten bei der Umbenennung von Kasernen zukünftig angemessen zu berücksichtigen.

Die Deutschen sparen weniger

Die Sparneigung der Deutschen hat im Verlauf der neunziger Jahre abgenommen. Legten die Bundesbürger 1991 noch 13,2 Prozent ihres verfügbaren Einkommens zurück, seien es seit 1997 nur noch knapp elf Prozent, heißt es im neuesten Monatsbericht der Deutschen Bundesbank. Ein Grund dafür sei, daß durch die höhere Arbeitslosigkeit das Arbeitseinkommen der privaten Haushalte gegenüber anderen Einkunftsarten an Bedeutung verloren habe. Außerdem machte die Bundesbank sinkende Zinsen, höhere Abgaben und die gestiegene Zahl an Einpersonenhaushalten, die tendenziell weniger sparten, für den Trend verantwortlich.

Trotz Rückgangs wachsen bleiben

Zur aktuellen Entwicklung auf dem Feld des Rechtsextremismus erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Erwin Marschewski:

Die Zahl der fremdenfeindlichen und der rechtsextremistischen Gewalttaten ging im vergangenen Jahr zurück. Während 1997 knapp 500 fremdenfeindliche Gewalttaten verzeichnet wurden, waren es 1998 nur noch rund 400. Den 350 rechtsextremistischen Gewalttaten im Jahr 1997 stehen rd. 280 im Jahr 1998 gegenüber.

Der Rückgang belegt, wie wichtig und richtig die Offensive gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit der alten CDU/CSU-geführten Bundesregierung war.

Zu dieser Offensive zählten:

- die Aufklärungskampagne „FAIR-STÄNDNIS - Menschenwürde achten - gegen Fremdenhaß“
- die verstärkte Beobachtung des Rechtsextremismus durch den Verfassungsschutz,
- die durch den Bundesinnenminister ausgesprochenen Vereins- und Parteiverbote,
- die Anpassung unserer Rechtsordnung an neue Entwicklungen. Dazu gehört die Erweiterung der Überwachungsmöglichkeiten nach dem G 10. Durch das Verbrechensbekämpfungsgesetz 1994 (VBG) wurden sie dahin erweitert, daß Telefonkontrolle auch gegenüber Mitgliedern von Vereinigungen möglich wurde, deren Zweck oder Tätigkeit darauf gerichtet ist,

Straftaten mit extremistischer Zielsetzung zu begehen.

- die konsequente Verfolgung der Herstellung von Propagandamitteln bzw. Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Durch das VBG wurde auch deren Ausfuhr unter Strafe gestellt.
- die Erweiterung der Straftatbestände der Volksverhetzung und Gewaltdarstellung durch das VBG. So wurde die „Auschwitz-Lüge“ als Volksverhetzung strafbar.

Die neue Bundesregierung bleibt aufgefordert, extremistische Bestrebungen von rechts wie links entschieden zu bekämpfen. Denn DVU und NPD verzeichneten 1998 Mitgliederzuwächse, erstgenannte Partei von 15.000 auf 18.000 Mitglieder, letztgenannte von 4.300 auf 5.500 Mitglieder.

Deshalb brauchen wir

- eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Extremismus und Aufklärung über seine verheerenden Folgen,
- noch mehr Bildungs- und Informationsangebote, die die Gefährlichkeit der extremistischen Positionen verdeutlichen.
- eine stärkere Überwachung der Aktivitäten von Rechtsextremisten im Internet und
- eine weitere Verstärkung der Verfassungsschutzbehörden.

Die neue Bundesregierung wäre gut beraten, den von der alten CDU/CSU-geführten Bundesregierung eingeschlagenen Weg bei der Bekämpfung des Extremismus fortzusetzen.

Die Straßenverkehrsunfallbilanz 1998 ist die Meßlatte für die neue Regierung

Zu den Zahlen der voraussichtlichen Jahresbilanz 1998 der Straßenverkehrsunfallstatistik erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:

Die alte Bundesregierung hinterläßt ein gutes Erbe. Trotz eines weiter gestiegenen Kraftfahrzeugbestandes, der mit knapp 50 Millionen zulassungspflichtigen Fahrzeugen 1,2 % über dem Vorjahreswert liegt, ist die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden deutlich rückläufig.

Rund 6100 Verletzte und rund 650 Getötete weniger als 1997 sind ein überaus positiver Trend. Erstmals seit Einführung der Unfallstatistik im Jahr 1953 wird die Zahl der Verkehrstoten mit rd. 7900 unter 8000 und damit nur noch bei gut einem Drittel des Wertes

von 1970 liegen. Dies ist einmalig in Europa. Es ist der Beweis, daß unser Weg einer verständnisvollen Partnerschaft der Verkehrsteilnehmer der richtige ist, die Verkehrssicherheit auf unseren Straßen zu erhöhen.

Erfolge gibt es meines Erachtens nur durch Kooperation. Der konstant rückläufige Trend trotz zunehmender Verkehrsdichte zeigt klar, daß die bestehenden Verkehrsregeln richtig sind und die Verkehrssicherheitsarbeit erfolgreich ist.

Rot-grüner Aktionismus

Die Bilanz 1998 ist die Meßlatte, an der sich die Ergebnisse rot-grüner Verkehrspolitik werden werten lassen müssen. Dabei wird sich zeigen, daß rot-grüner Aktionismus, martialischer Dirigismus und Schnellschüsse à la Müntefering ein Irrweg sind.

DAG fordert von der Bundesregierung „ehrgeizigere“ beschäftigungspolitische Ziele

Als „enttäuschend gering“ im Sinne der selbstgesetzten Ziele der Bundesregierung bewertet die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) den im Jahreswirtschaftsbericht prognostizierten Rückgang der Zahl der Arbeitslosen auf 4,1 Millionen Menschen im Jahresdurchschnitt.

„Die DAG vermißt angesichts des Exporteinbruchs in diesem Jahr einen konkreten finanzpolitischen Beitrag

zur Überwindung der nachfragebedingten Konjunkturabschwächung“, sagte die stellvertretende DAG-Vorsitzende Ursula Konitzer in Bonn.

Die DAG halte vor allem eine Aufstockung der in den letzten Jahren sträflich vernachlässigten öffentlichen Investitionen für vorrangig und geeignet, die notwendigen nachfrageseitigen Impulse mit einer angebotspolitisch sinnvollen Verbesserung der Infrastruktur zu verknüpfen.

Klaus Welle neuer Generalsekretär der EVP-Fraktion

Klaus Welle wird neuer Generalsekretär der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament. Auf Vorschlag des EVP-Partei- und Fraktionsvorsitzenden Wilfried Martens und des Fraktionspräsidiums entschied sich der Fraktionsvorstand mit großer Mehrheit für den 34-jährigen Deutschen.

Amtsantritt ist der 8. Februar, unmittelbar nach dem EVP-Parteikongreß, der jetzt einen Nachfolger als Generalsekretär der Parteiorganisation bestimmen muß.

Die EVP-Fraktion stellt mit 202 der 626 Europaabgeordneten inzwischen fast ein Drittel der Parlamentarier. Das Fraktionsgeneralsekretariat verfügt über mehr als 150 Mitarbeiter. Durch die Verträge von Maastricht und Amsterdam hat das Parlament und haben damit auch die politischen Fraktionen wesentlich an Einfluß gewonnen. Das Parlament ist in weiten Bereichen zum gleichberechtigten Gesetzgeber geworden. Erste große Herausforderung nach der Europawahl im Juni wird die Wahl einer neuen EU-Kommission sein.

Klaus Welle war von 1991-1994 unter den CDU-Generalsekretären Volker Rühle und Peter Hintze Abteilungsleiter für Außen- und Europapolitik der CDU Deutschlands. Im Oktober 1994 wurde er zum Generalsekretär der Europäischen Volkspartei gewählt und anschließend auch zum Generalsekretär der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD).

In seine Amtszeit in den letzten vier Jahren fallen so wichtige Entscheidungen wie die Verschmelzung von EUCD und Europäischer Volkspartei und die damit einhergehende Öffnung der EVP für zahlreiche Parteien aus den Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa.

Darüber hinaus gelang die volle Integration der konservativen und christdemokratischen Parteien Dänemarks, Schwedens und Finnlands wie auch der portugiesischen PSD in die Partei. Die Fraktion im Europäischen Parlament konnte zwischen den Wahlen von 1979 auf 202 Mitglieder anwachsen.

Die Vereinigungsstruktur der EVP ist in diesen Jahren durch Gründung einer neuen Jugendorganisation (Junge EVP), einer Seniorenvereinigung (Europäische Seniorenunion), einer Mittelstandsorganisation (Europäische Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung) und die Aufnahme eines Studentenverbandes (Europäische Demokratische Studenten) wesentlich gestärkt worden.

Auch die Gremien der Partei haben eine grundlegende Modernisierung erfahren. Im neugeschaffenen Rat der EVP kommen seit 1996 viermal jährlich die Parteivorsitzenden und Generalsekretäre der Mitgliedsparteien zusammen, um aktuelle Fragen der Europapolitik zu diskutieren. Das Präsidium hat eine politische Führungsrolle übernommen und wird durch die im Februar erstmals erfolgende Direktwahl im Rahmen des EVP-Kongresses und die Hinzuziehung zu den EVP-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs und Oppositionsführer wesentlich gestärkt. Dies sind wichtige Schritte auf dem Weg zu einer wirklichen europäischen Partei.

Programmatisch ist im Rahmen der Kongresse von Madrid (1995) und Toulouse (1997) die integrationsfreundliche Haltung der EVP bestärkt worden. Gleichzeitig konnte in Toulouse nach schwieriger Debatte erstmals auch ein detailliertes Programm zur Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Zeiten der Globalisierung erarbeitet werden.

Unglaubliches Armutszeugnis für Rot-Rot in Sachsen-Anhalt

Auf schriftliche Anfrage hat der Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Siegmur Mosdorf bestätigt:

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt hat im letzten Jahr Hunderte von Millionen Mark „verschenkt“ und für den Aufbau Ost ungenutzt gelassen. Alle anderen neuen Länder einschließlich Berlin haben die vom Bund bereitgestellten Barmittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sinnvoll genutzt; die Mittel sind dort vollständig abgeflossen. Lediglich in Sachsen-Anhalt wurden Barmittel des

Bundes in Höhe von 209 Mio. DM nicht abgerufen.

Michael Luther, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten: Über 400 Mio. DM an Investitionen sind dadurch unterblieben. Dieser Skandal zeigt: Rot-Rot ist noch nicht einmal in der Lage, vorhandenes Geld für vernünftige Projekte zu nutzen. Dieses Armutszeugnis macht deutlich, warum Sachsen-Anhalt das Schlußlicht der neuen Länder bildet. Wer auf diese Art und Weise den Aufbauprozess verzögert, gefährdet die Solidarität mit dem Westen.

Frischluff bietet Jugendleiter-Ausbildung an

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft bietet auch 1999 insgesamt vier Jugendleiter-Lehrgänge an. Zwei finden in Nordrhein-Westfalen und zwei in Brandenburg statt. Die Lehrgänge umfassen zwei Wochenenden mit insgesamt 40 Unterrichtsstunden. Nach erfolgreicher Durchführung erhalten die Teilnehmer den Jugendleiterausweis. Die Ausbildung ist von den Landesjugendämtern in NRW und Brandenburg amtlich anerkannt. Folgende Termine sind 1999 vorgesehen:

- 19.2. bis 21.2. in Helenenau/Bernau
- 16.4. bis 18.4. und 30.4. bis 2.5. in Münster/Westfalen

- 18.6. bis 20.6. und 2.7. bis 4.7. in Helenenau/Bernau
- 22.10. bis 24.10. und 5.11. bis 7.11 in Bonn

Beginn ist freitags um 18 Uhr und Ende sonntags um 15 Uhr. Der gesamte Lehrgang kostet 75 DM für Mitglieder, 95 DM für Nichtmitglieder (inklusive Unterkunft und Verpflegung). Fahrtkosten werden anteilig erstattet.

Anmeldung und Infos bei Frischluft Bildungs- und Freizeitwerk NRW e.V., c/o Jörg Schmidt, Kühlenberg 55, 58644 Iserlohn, Telefon: 0 30/79 70 57 79, Telefax: 0 23 74/7 41 05, e-Mail: Frischluft-Bildungswerk-RW@gmx.de.

Aussiedlerbeauftragte Eva-Maria Kors:

Aussiedler sind ein Gewinn für unser Land und für unsere Partei

Die Aufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlern in Deutschland zählt zu einem der wichtigsten innenpolitischen Anliegen christlich-demokratischer Politik.

Aussiedler bzw. ihre Eltern und Großeltern mußten ganz besonders unter den Folgen des Zweiten Weltkrieges leiden. In den Verbannungsgebieten, in die sie verschleppt wurden, haben sie als Deutsche ihre Kulturtradition weiter gepflegt und mußten dafür bis zum heutigen Tage



Bereits seit 1995 ist Eva-Maria Kors Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Anfang Dezember 1998 hat der Parteivorsitzende Wolfgang Schäuble sie auch zur Aussiedlerbeauftragten der CDU ernannt. Eva-Maria Kors wird damit Nachfolgerin von Horst Wafenschmidt, der seit 1988 Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung unter Helmut Kohl und der CDU war.

schwerwiegende Nachteile für ihr Leben in Kauf nehmen.

Die CDU ist sich der besonderen Verantwortung bewußt, die wir aus unserer Geschichte für Spätaussiedler haben. Unter der Bundesregierung Helmut Kohl haben wir uns dafür eingesetzt, daß Aussiedler eine Aufnahmegarantie haben und Hilfen zur Eingliederung erhalten. Auch in unserer neuen Rolle als Oppositionspartei bleiben wir an der Seite der Spätaussiedler: Wir werden alles daran setzen, daß auch unter der neuen Bundesregierung Integrationsleistungen fortgesetzt werden. Wir

Auch in unserer neuen Rolle als Oppositionspartei bleiben wir an der Seite der Spätaussiedler.

werden vor allem dafür sorgen, daß für Aussiedler das Tor nach Deutschland weiterhin offen bleibt.

Damit wir die Herzen und Köpfe der Spätaussiedler gewinnen, müssen wir ihnen auch die Chance geben, sich aktiv in der CDU zu beteiligen. Heute schon gibt es Spätaussiedler, die sich vorbildlich in der politischen Arbeit, u.a. auch als Gemeinderatsmitglieder engagieren. Deshalb rufe ich dazu auf, Spätaussiedler in die Arbeit der Vorstände der CDU auf Orts- und Kreiszebene einzubinden. Von dort können sie wichtige Impulse nicht nur für unsere Aussiedlerarbeit, sondern für alle wichtigen Politikfelder, wie Familien- und Jugendpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik geben. ■

Wir bleiben an Ihrer Seite!

Informationen für Aussiedler

Мы остаёмся на Вашей стороне!

Информация для ауссидлеров

CDU

● Wir bleiben an Ihrer Seite, Broschüre

Die neueste Auflage dieser Informationsbroschüre mit einem gemeinsamen Vorwort von Wolfgang Schäuble und Angela Merkel ist zweisprachig in deutsch und russisch gedruckt. Sie enthält nicht nur wichtige Infos über die Grundpositionen der CDU zum Thema Aussiedler, sondern im Anhang auch nützliche Adressen von Institutionen, bei denen Aussiedler weitere Unterstützung und Informationen erhalten können.

Bestell-Nr.: 5331
Verpackungseinheit:
100 Expl.
Preis je 100 Expl.:
39,00 DM



● Winterschal

Dieser Schal sollte bei keinem Canvassing-Einsatz fehlen. Aber auch beim Ski-Sport oder bei Sportveranstaltungen wird dieser Schal in den Farben Schwarz-Rot-Gold gerne getragen.

Bestell-Nr.: 9362
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je Expl.: 9,45 DM



● Reflektor-Bärchen

Dieses Werbemittel ist ein aktiver Beitrag zur Sicherheit im Straßenverkehr. Die Bärchen können mit dem mitgelieferten Band einfach an allen Jacken Taschen oder Mützen befestigt werden.

Bestell-Nr.: 9558
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 34,90 DM

● Da isser wieder! Der CDU-Eiskratzer in Trapezform

Bestell-Nr.: 9890
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 89,- DM

Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50,- DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5,- DM erhoben.

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 14 65
59306 Ennigerloh
Fax (0 25 24) 91 13 10

E-Mail:
georg-simon@bertelsmann.de

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVST, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

● CDU-Smilie

Nach dem großartigen Erfolg der T-Shirts und Windbreaker mit der neuen Smilie-Gestaltung ist jetzt auch ein weiteres Werbemittel mit dem freundlichen Smilie-Aufdruck erhältlich.



● CDU-Farbstifte „Smilie“

Bestell-Nr.: 9250

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 23,40 DM

UiD

4/1999

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: emst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.